

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Zwickau, Nr. 90.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1530
Circulafte Riesa Nr. 52.

Nr. 188.

Freitag, 14. August 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Einrückens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (8 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerklicher Rabatt erzielt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant bezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeiträge "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. F. Teichgraber, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Deutschland und die Londoner Konferenz.

Die Londoner und Pariser Presse bringt eine Fülle von Material über die angeblichen Ergebnisse der französischen-englischen Verhandlungen. Alle diese Meldungen überschneiden und widersprechen sich aber. Es ist kaum zu erwarten, daß das Bild sich vor Uebergabe der Note klären wird. Ueber den Zeitpunkt, an dem die Ueberreichung der Note in Berlin zu erwarten ist, läßt sich nur eine Vermutung äußern. Die Version, daß die Ueberreichung in vier oder fünf Tagen erfolgen wird, dürfte nach den Erfahrungen bei der ersten französischen Sicherheitspaktnote nicht zutreffen. Man könnte die Antwortnote vielleicht Ende der nächsten Woche erwarten. Die ganze Grundlage der Verhandlungen ist zurzeit noch sehr unklar. Das Gesamtbild stellt sich gegenwärtig etwa so dar: Generell legt die englische Presse offenbar großes Gewicht auf die Feststellung, daß in London Endgültiges nicht geschaffen sei, sondern, daß die wichtigsten Fragen lediglich verhandelt worden sind, daß sie aber offen bleiben müßten zur Regelung in freier Ansprache mit Deutschland. Auf englischer Seite besteht das unbedingte Bedürfnis nach einer gleichberechtigten Ansprache mit Deutschland, wie sie von Berlin aus immer gefordert worden ist. Bezüglich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund steht der Standpunkt durchgehend auf dem, daß dies eine Frage sei, die das Votum des Völkerbundes angeht. Französische Stimmen bringen ziemlich klar, englische Stimmen weniger deutlich, zum Ausdruck, daß Frankreich von sich aus eine Konzeption hinsichtlich des deutschen Vorbehalts nicht machen werde. Demgegenüber hält die deutsche Regierung aus den immer wieder erörterten Gründen, insbesondere mit Rücksicht auf das Ziel einer tatsächlichen Befriedung, an dem Vorbehalt fest, der die allerniedrigste Form der deutschen Sicherung gegen etwaige gewalttätige Unternehmungen des Völkerbundes darstellt. Bezüglich der sogenannten Rückwirkung eines etwaigen Sicherheitspaktes auf das besetzte Gebiet wird von deutscher Seite hervorgehoben, daß eine Änderung des Versailles Vertrags unmittelbar niemals veranlaßt worden sei. Der Versailles Vertrag sei ja selbst die Möglichkeit einer solchen Rückwirkung vor. Bezüglich der Verwaltung des West- und Ostpales haben anscheinend die französischen Unterhändler ihren Standpunkt im gewissen Umfange durchgesetzt, d. h. die Möglichkeit, unmittelbar eingreifen zu können. Hinsichtlich des Westpales sind in London Unterhandlungen getroffen zwischen sogenannten Hauptanten und weniger Hauptanten gelaufen. Wenn ein Fall zustande kommt, der die Hauptanten betrifft, so wäre es logisch, daß an seiner Besprechung auch die Vertreter Warschauer und Prag als der beteiligten Länder, teilnehmen müßten.

Briands Bericht im Kabinettsrat.

Paris. Gestern abend um 9 Uhr ist das Kabinettsrat zu einer Sitzung zusammengetreten, um den Bericht Briands über den Verlauf der Londoner Verhandlungen entgegenzunehmen. Nach Beendigung der Beratungen kurz vor 1 Uhr vormittags ist folgendes Kommuniqué ausgegeben worden: Außenminister Briand hat Kenntnis von dem Text der Antwortnote gegeben, die an Deutschland über den Abschluß eines Sicherheitspaktes gerichtet werden soll und über die ein vollständiges Einverständnis zwischen dem britischen Minister des Auswärtigen und der französischen Regierung erzielt wurde. Der Kabinettsrat hat dem Minister des Auswärtigen einstimmig seinen Dank für das erzielte Ergebnis ausgesprochen. Der Text der an Deutschland zu richtenden Note wird, nachdem er den alliierten Regierungen zur Kenntnis gebracht ist, Deutschland übermitteln werden. Nach dem Petit Parisien erklärte Briand nach dem Kabinettsrat: "Ich bin entzückt von meiner Reise nach London. Ich habe mich tatsächlich mit Chamberlain über alle diskutierten Punkte geeinigt und mit Freude vernehme ich, daß der britische Kabinettsrat gestern nachmittags den Text der Note an Deutschland gebilligt hat, den Chamberlain und ich entworfen haben. Es scheint, daß die britische Presse auch der Zustimmung eine große Bedeutung beilegt, die ich mit dem Vorkauf der Vereinten Staaten in London gehabt habe. Alles, was ich hierüber sagen kann, ist, ich habe mit ihm gesprochen und dieses Gespräch war ausgezeichnet."

Die Note an Deutschland in der Sicherheitsfrage.

Paris. Der Text der an die Reichsregierung zu richtenden Note in der Sicherheitsfrage wird heute vormittags Brüssel, Rom und Prag übermittelt werden. Dem in Paris anwesenden polnischen Außenminister Stronski wird Briand die Note im Laufe der Unterredung übergeben, die er heute vormittags mit ihm haben wird. Man nimmt hier allgemein an, daß die Note am kommenden Mittwoch oder Donnerstag durch den französischen Botschafter in Berlin dem Außenminister Stresemann überreicht werden wird.

Besprechungen Anfangs September in Genf.

Nach einer vom Journal des Debats wiedergegebenen Nachricht aus Brüssel ist Vanderveelde von seinem Sommerurlaub zurückgekehrt und in Brüssel angekommen. Gleichzeitig sei die Antwort Chamberlains eingegangen, in der Vanderveelde mitgeteilt wird, daß der englische Außenminister am 1. September in Genf sein werde und mit Vanderveelde und Briand vor dem Zusammentritt des Völkerbundes eine Besprechung haben möchte. Der Korrespondent des Temps in Brüssel erklärt, daß Vanderveelde am 2. September in Genf sein werde, jedoch nicht vorher nach London gehen werde, weil Chamberlain seinen Urlaub antrete. Nach gewissen englischen Zeitungen werden die Genfer Besprechungen einen vertraulichen Meinungsaustausch darstellen. Vorher werde Vanderveelde mit General Casteln die Organisation der nationalen Verteidigung und die darauf bezüglichen Teile des Sicherheitspaktes besprechen. Uebrigens wird Vanderveelde, wie der Temps berichtet, nicht am dem Sozialistischen Kongress in Marseille teilnehmen um nicht bei der Besprechung internationaler Fragen mit seiner Pflicht als Außenminister in Konflikt zu kommen.

Der Reichsrat

erklärte sich in seiner öffentlichen Vollziehung vom Donnerstag mit sämtlichen Beschlüssen des Reichstags zu den noch vor der Vertagung verabschiedeten Beschlüssen einverstanden, ohne Einspruch zu erheben. Auch mit den Beschlüssen zur Zollvorlage erklärte sich der Reichsrat einverstanden. Hier kam es zu einer Debatte. Der sächsische Bevollmächtigte Grabner erklärte, daß die sächsische Regierung gegen die Vorlage stimmen müsse, da diese bezüglich der Ermächtigung für die Regierung, evtl. Hilfe abzuändern oder neu einzuführen verfassungswidrig ohne eine Zweidrittelmehrheit zustande gekommen sei. Dieser Erklärung schlossen sich die Vertreter von Lübeck und Hessen sowie Oberpräsident Hörding als Vertreter der Provinz Sachsen und zugleich im Namen des Vertreters von Berlin an. Namens der Staatsregierung erklärte Staatssekretär Jungert, daß die Regierung nicht der Ansicht sei, daß eine Verfassungsänderung vorliege. Die Regierung habe in ständiger Praxis immer den Standpunkt eingenommen, daß eine Ermächtigung auch bei wirtschaftlich bedeutenden Fragen im Wege der gewöhnlichen Gesetzgebung angenommen werden könne, wenn sie sich auf einzelne näher abgegrenzte Gebiete beschränke und das sei hier bei den Zöllen der Fall. Der Antrag Sachens, gegen die Reichstagsbeschlüsse Einspruch zu erheben, fand nur die Unterstützung der genannten Vertreter, die nicht ausreichte.

Eine Zentrums-Erklärung.

Die "Germania" veröffentlicht eine von den Reichstagsabgeordneten Fehrenbach und Marx unterzeichnete Erklärung der Reichstagsfraktion und des Reichsparteivorstandes des Zentrums, in der es nach einem Rückblick auf die Beteiligung des Zentrums an den letzten gesetzgeberischen Arbeiten heißt:

Da die Schaffung einer Regierungskoalition auf breiterer Grundlage sich als unmöglich erwies, war sie gemauert, die erforderlichen Schritte mit einer sicheren Arbeitsfähigkeit von den Parteien, mit denen wir jahrelang gearbeitet haben, nicht vollst. verstanden und gewürdigt worden ist. Nach wie vor und unbeeinträchtigt im Wechsel von Regierungsmehrheiten hält sich die Zentrumsfraktion des Reichstages in Uebereinstimmung mit der Partei im Lande verantwortlich für eine Außenpolitik, die von einem ehrlichen Verständigungswillen getragen ist, gleichzeitig aber den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes gerecht wird. In der inneren Politik bleibt unser Programm des Ausgleichs der vorhandenen Spannung unverändert. Dabei bedeutet für uns die Verfassung die Grundlage des Staatslebens und gewährt einen ruhigen und stetigen Aufstieg. In einer Reihe von kulturpolitischen Anträgen, aber auch in ihrer ganzen Grundeinstellung hat die Zentrumsfraktion zu erkennen gegeben, daß sie das Christentum als Norm und als fruchtbarer Quell des öffentlichen Lebens betrachtet.

Und Deutschland?

Die Berliner Tageszeitung entnehmen wir, daß seit Anfang dieser Woche in Paris Verhandlungen zwischen französischen, polnischen und anderen Luftfahrtsverwandten stattfinden. Gegenstand der Beratungen ist die Frage des Ueberfliegens deutschen Hoheitsgebietes. Gerüchte über eine Konferenz dieser immer dringlicher werdenden Frage wegen gehen schon seit mehreren Wochen um. So hieß es kürzlich, daß eine internationale Konferenz in Prag zusammengetreten sollte. Die "Morning Post" schrieb darüber: "Die Handelsluftfahrt Europas hat einen derartigen Grad der Verwirrung und internationalen Vermischung erreicht, daß die ganze Frage schließlich ausgedehnt werden muß. Jedes Land und jede Handelslinie sind davon überzeugt, daß die Dinge so nicht weiter gehen können. Es wird gemeldet, daß auf der Konferenz in Prag Änderungen der neuen, Deutschland von den Alliierten auferlegten Regeln die Grundlage der Besprechungen bilden werden." Sind die "internationale Konferenz in Prag" und die oben gemeldeten Pariser Verhandlungen etwa identisch? Dann würde es sich wieder einmal um "internationale" Beratungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit, nämlich Deutschlands, handeln. Dieses Verfahren würde einen Rückfall in die Methoden bedeuten, die keineswegs zum Ziele führen können, da der Hauptbeteiligte nicht gehört wird. So können allerdings die Dinge nicht weitergehen!

Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Paris ist am Dienstag am Quai d'Orsay die Internationale Konferenz für die Luftschiffahrt in Anwesenheit von Delegierten Frankreichs, Italiens, Englands, Belgiens, Polens und der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumaniens zusammengetreten. Ueber alle auf der Tagesordnung stehenden Fragen wurde bereits eine Einigung erzielt, so daß die Konferenz bereits als beendet angesehen werden kann.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Unser Botschafter von Mexiko hat in Washington ein Memorandum über die Freigabe des noch beschlagnahmten deutschen Eigentums überreicht. Zwar sind Besprechungen darüber schon wochenlang vorhergegangen, aber ein praktischer Erfolg ist in absehbarer Zeit kaum zu erwarten. Die Amerikaner behandeln diese Angelegenheit rein formal und haben offenbar Furcht, ihre einfrigen Kriegsgenossen zu verstimmen, wenn sie von diesen die Bezahlung ihrer Schulden verlangen, den Deutschen aber in irgend einer Weise finanziell entgegenkommen. Dabei ist es in Wirklichkeit doch ganz etwas anderes, wenn ein Staat allen früheren Kulturbeziehungen zuwider den Privatbesitz von Angehörigen einer fremden Nation, mit der ein Krieg ausgebrochen ist, mit Beschlag belegt. Die Ungerechtigkeit und Rohheit dieser Maßnahme will man in Amerika offiziell noch immer nicht zugeben, sondern man verschämt sich hinter dem Kongress, der sich alle weiteren Schritte in dieser Angelegenheit vorbehalten hat. Inzwischen hat sich allerdings herausgestellt, daß die Höhe der amerikanischen Ansprüche bei weitem nicht die anfangs geschätzten 850 Millionen Dollars erreicht sondern nur 180, allerhöchstens 200 Millionen beträgt. Einschließlich der Befahrungskosten käme eine Forderung von höchstens 330 Millionen Dollars heraus, die nach deutscher Auffassung durch den Damesplan abgegolten ist. Aber die Amerikaner scheinen mit den andern Siegernationen die Anschauung zu teilen, daß die internationalen Verträge und Abmachungen für sie nur bindend seien, wenn sie ihnen Vorteile bringen. Und selbst der Damesplan, auf den sonst jeder Amerikaner so stolz ist, macht da keine Ausnahme, sobald der amerikanische Weltbeute in Mittelamerika gesogen wird.

Ein diplomatischer Laot.

In einem Korrespondenz-Artikel aus Mexiko wird eine Stellung genommen, daß der deutsche Gesandte in Mexiko bei dem französischen Nationalfest am 14. Juli als Gast des französischen Gesandten in einem Laot auf das Wohlgerhen Frankreichs eingestimmt habe. Der Artikel, der von einem Deutschen aus Mexiko stammt, schließt mit den Worten: "Ich habe mir die deutsche Würde im Ausland, besonders in Mexiko, anders vorgestellt. Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein. — In diesem Wortlaut wird amtlich erklärt, daß die deutschen Gesandten natürlich an die internationalen Verpflichtungen der Höflichkeit und des diplomatischen Selbstverhältnisses gebunden seien. Es sei eine diplomatische Selbstverständlichkeit, daß bei Nationalfesten anderer Nationen auch die deutschen Gesandten erscheinen bzw. ihre Karten abgeben. Während der Ruhrbesetzung haben sich die deutschen Gesandten anlässlich des französischen Nationalfestes mit der letzteren Form der Höflichkeit begnügt. Jetzt sind die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich normal, so daß gegen das Verhalten des deutschen Gesandten in Mexiko nichts eingewendet werden kann. Beurteilung eines Fahrad Diebstahls. Vor dem Schöffengericht Leipzig stand heute der Angeklagte Paul Heise unter der Anklage des Fahrad Diebstahls. Vom Mai bis zum Juli d. J. hatte der Angeklagte aus dem Amtsgerichtsgebäude mindestens 8 fast neue Fahrräder gestohlen. Das Urteil lautete wegen Diebstahls in 8 Fällen auf 5 Monate Gefängnis.

Die preussische Annexion geht über die des Reichs hinaus.

Dem Ständigen Ausschuss des Preussischen Landtags ist die Vorlage der preussischen Staatsregierung über die preussische Landesannexion zugegangen. Sie sieht zunächst — entsprechend der Reichsannexion — für die in dieser angeführten Straftaten in gleicher Weise Straferlass und Niederlegung schwebender Verfahren vor, soweit die Straftaten nicht von Verurteilten des Reichs, sondern von preussischen Verurteilten abgeurteilt oder abzuurteilen sind. Sie geht jedoch über den Rahmen der Reichsannexion hinaus, indem sie nicht nur eine Anzahl verwandter politischer Delikte einbezieht, (s. B. Ministerbeleidigungen, unerlaubtes Waffenbesitz, Zuwiderhandlungen gegen die Verbote politischer Parteien oder Verbände und damit im Zusammenhang stehende Straftaten), sondern auch die Annexion überhaupt auf öffentliche Kundgebungen im politischen Kampfe erstreckt, um so den der ganzen Annexion zugrunde liegenden Gedanken einer politischen Verdringung in möglichst weitem Umfange zu verwirklichen.

Der Vandalenstreik in Frankreich.

Paris. Die gestrigen Besprechungen von Vertretern der Vandalen mit Ministerpräsident Painlevé und Arbeitsminister Durandour scheinen nicht zum Ziel einer Beilegung des Streiks geführt zu haben. In einem gestern abend veröffentlichten Kommuniqué des Streikkomitees wird erklärt, daß die Vandalen nicht geneigt sind, mit einzelnen Vandalen über eine Lösung des Konflikts zu verhandeln und an der Forderung ihrer Kollektivregelung, sektoralen sowie angelegten der Haltung der Arbeitgeber entschlossen seien, den Streik bis zur Erreichung der gestellten Ziele mit größter Energie fortzusetzen.